

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

65 September 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso 
revolutionär sozialistische organisation

LEITARTIKEL

**Wie es zu Wirtschaftskrieg
und Kriegswirtschaft
gekommen ist**

Seite 2

DEUTSCHLAND

- Hamburger NATO-Übung
- Revolutionäre Kandidatur in Berlin
- Der aufhaltsame Aufstieg der AfD in Sachsen-Anhalt
- Heißer Herbst oder Verhandlungstisch?

ab Seite 5

AUS DEN BETRIEBEN

**Das Gesundheitssystem
wird abgewrackt**

Seite 10

KLIMAKRISE

- Brennende Wälder und urlaubsreife Kanzler
- Klimakatastrophe Kapitalismus

ab Seite 12

ÜBER UNS

**Internationalistisches
Sommercamp 2026**

Seite 14

GESCHICHTE

**1936: Generalstreik und
Volksfront in Frankreich**

Seite 15



Perspektivlos? Sozialismus!

Die Sommerzeit sollte eigentlich eine Zeit für Ferien, Urlaub, Sonne und Entspannung sein. Doch dieses Jahr schien es nirgendwo mehr ein Entkommen vor den Krisen des Kapitalismus zu geben. Vor allem vor den Folgen des Klimawandels kann man kaum noch die Augen verschließen, nicht nur in weiten Teilen Europas, sondern auch in Deutschlands standen Wälder in Flammen und Einsatzkräfte mussten an ihr äußerstes gehen. Dazu kamen zermürende Hitzeperioden und Überschwemmungen - doch die Politik hat für uns keine andere Antwort als ein "Weiter so" und sogar schlimmer. Statt Klimawandel zu bekämpfen und solidarisch die Folgen dieser kapitalistischen Katastrophe zu bekämpfen, ist Klimapolitik zum „Hemmnis“ für die Wirtschaft erklärt, es hagelt Kürzungen und Entlassungen, ob im Gesundheitsbereich oder der Industrie.

Von ihrer Enttäuschung in das bürgerliche System getrieben, laufen viele in die Arme der AfD, die mit ihrem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt die Krise des Parlamentarismus, aber auch der Linkspartei mehr als klarmachte

Schnell kann man das Gefühl bekommen, dass bei diesen täglichen Hiobsbotschaften jede Perspektive verloren ist. Doch das stimmt nicht: Die Arbeiter:innenklasse kann dem ein Ende setzen, sie hat die Kraft das System, was Rechtsruck und Klimawandel erzeugt hat, zu stürzen. Deswegen stehen wir voller Solidarität an der Seite der Streikenden in den heutigen und kommenden Kämpfen, aber versuchen auch, neue Perspektiven für diese Kämpfe zu finden. Dafür treten wir bei den Wahlen in Berlin als revolutionäre Kraft an und haben uns bei unserem internationalen Sommercamp mit Aktivist:innen aus ganz Europa und den USA vernetzt. Gemeinsam können wir eine Perspektive für eine bessere Welt erkämpfen. ■

Wie es zu Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft gekommen ist

Unter Dauerbeschallung wird uns erklärt, die deutsche Wirtschaft stecke in einer Krise, weil die Löhne zu hoch und der Sozialstaat zu teuer seien und weil hier und da Manager:innen Fehler gemacht hätten. Und natürlich sei China Schuld, weil die chinesische Industrie zu stark subventioniert werde. Diese „Erklärungen“ sollen uns die Sinne vernebeln und dazu bringen, die finstere Zukunft, die die Kapitalist:innen uns vorbereiten, als alternativlos zu akzeptieren.

Wenn wir dem Ganzen jedoch auf den Grund gehen, dann sehen wir ein Bild von klassischer kapitalistischer Konkurrenz und Ausbeutung – auf weltweitem Niveau. Deutschland ist Teil einer neuen Epoche, die von internationalem Wirtschaftskrieg geprägt ist, und die Arbeiter:innenklasse bekommt das zu spüren. Das erklärt uns die Angriffe der Kapitalist:innen hierzulande, aber es zeigt auch den Ausweg: einen internationalen Kampf als arbeitende Klasse.

Gleichzeitig führt diese wirtschaftliche Konkurrenz jedoch jetzt schon zu größeren militärischen Konflikten in der Welt. Russlands Krieg gegen die Ukraine, der US-israelische Krieg gegen den Iran und der Völkermord in Palästina, die Kämpfe in Kaschmir zwischen Indien und Pakistan, der Konflikt im Sudan, in der DR Kongo, im Jemen und weitere Kriege lassen sich nicht von der globalen Ordnung trennen, die sie hervorbringt.

wichtiger und begehrter werden und damit die Weltordnung immer instabiler.

Schon vor über 100 Jahren erklärte Lenin in seinem Werk über den „Imperialismus“: Je mehr die Welt zwischen den dominierenden Mächten aufgeteilt ist, desto mehr erfordert das weitere Wachstum eines jeden Imperiums eine Neuaufeilung der Welt. Und früher oder später führt das zu einer gewalttätigen Konfrontation. Das trifft genau den aktuellen Stand der kapitalistischen Weltordnung: eine Ordnung, die bereits begonnen hat, sich von einer relativ friedlichen Phase hin zu einer zunehmend gewalttätigen Neuaufeilung zu bewegen.

Der Wettbewerb zwischen den USA und China ist vielschichtig: Es ist gleichzeitig ein Wettstreit um technologische Vorherrschaft, um die Kontrolle über Ressourcen, um Marktführerschaft und um internationale Handelsallianzen – darum, wer welche Länder dazu bringen kann, den eigenen Interessen Vorrang vor denen des anderen zu geben. Ihre

»» Tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnt stark von der Globalisierung profitiert. Wie kein Land in Europa expandierte die deutsche Wirtschaft nach Osteuropa und in die Welt, vor allem nach China und die USA. <<

Wenn wir über den Tellerrand auf die Weltwirtschaft schauen, dann ist unübersehbar: Die größten Wirtschaftsmächte USA und China befinden sich in einer voll entfesselten wirtschaftlichen Konkurrenz, die immer weiter eskaliert. Wie schnell und wie weit diese Konkurrenz führen wird, vielleicht sogar bis hin zu einem neuen Weltkrieg, ist nicht vorhersehbar. Ihre Volkswirtschaften sind weiterhin voneinander abhängig und genau diese gegenseitige Abhängigkeit wirkt derzeit als Hemmnis für eine direkte militärische Konfrontation. Zudem bringt gegenseitige Abhängigkeit auch gegenseitige Verwundbarkeit mit sich – genau das treibt die beiden Länder dazu, Teile ihrer Volkswirtschaften voneinander abzukoppeln, um Unabhängigkeit und größere Dominanz zu erlangen.

Die wachsende wirtschaftliche Rivalität führt dazu, dass territoriale Ansprüche, Energieressourcen und andere Bodenschätze, Transportwege usw. immer



Das erste Auto, das VW mit XPENG gemeinsam gebaut hat, rollt vom Band.

Gegensätze sind unvereinbar. Es spielt kaum eine Rolle, welche diplomatischen Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern getroffen werden – letztendlich tobt der Wettbewerb unbittlich weiter.

Eine von gegenseitiger Abhängigkeit geprägte Konkurrenz

China ist innerhalb kurzer Zeit zur zweitgrößten industriellen Wirtschaftsmacht geworden. Der chinesische Staat hat gezielt eine nationale Wirtschaft aufgebaut, die in der Lage ist auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Aber man darf nicht vergessen, dass diese Entwicklung nur möglich war, weil der westliche Kapitalismus seine Produktionsketten globalisieren wollte. Chinas Aufstieg ist das Ergebnis der Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre. Als „Werkbank der Welt“ bot China den westlichen Konzernen Millionen billiger Arbeiter:innen und billige natürliche Ressourcen. Es bot auch einen rasant wachsenden einheimischen Markt. Ein Ergebnis der Ära der „happy globalization“ war die Schaffung einer großen weltweit verbundenen Arbeiter:innenklasse, sowie die Entstehung der Wirtschaftsmacht China.

Die wirtschaftlichen Verschränkungen zwischen den USA und China sind vielfältig. Ein wichtiges Beispiel sind: Chips. Chips – integrierte Halbleiterschaltungen – sind so etwas wie das Nervensystem der modernen Wirtschaft. Jede Branche, die etwas bewegt, kommuniziert, Strom erzeugt oder Entscheidungen trifft, ist von ihnen abhängig. Und der Wettlauf um die Vorherrschaft im Bereich der KI hängt absolut von ihnen ab.

Durch die Brille der Chip-Produktion können wir fast vollständig das Gesamtbild einer komplexen und umfassenden gegenseitigen Abhängigkeit erkennen – sowie die verschiedenen Wege, auf denen beide Länder versuchen, aus dieser Abhängigkeit auszubrechen.

Chinesische Firmen dominieren (zu etwa 80 %) den weltweiten Abbau und die Verarbeitung der für die Herstellung hochentwickelter Chips kritischen Rohstoffe. US-Unternehmen haben ein Mo-

nopol auf die komplexe Software, mit der die Baupläne für die Chips entworfen werden. Ein niederländisches Unternehmen hat ein Monopol auf die Herstellung der Maschinen zur Fertigung der Chips. Und taiwanesischen Firmen haben ein Monopol auf das Wissen und die Erfahrung, wie man solche hochmodernen Chips in hohen Stückzahlen herstellt.

China und die USA als imperiale Konkurrenten arbeiten ununterbrochen daran, diese Schwachstellen zu beseitigen. Zum Beispiel durchforsten die USA die ganze Erde nach kritischen Rohstoffen. Unterdessen setzt China auf die Entwicklung von KI-Technologie, um das US-Monopol auf die Software für das Chip-Design zu brechen.

Künstliche Intelligenz ist ein weiterer Bereich, der die Rivalität deutlich macht, denn wer hier die Oberhand gewinnt, verschafft sich Vorteile, die sich auf fast alle anderen Wirtschaftsbereiche auswirken – militärische Zielerfassung, wirtschaftliche Produktivität, Überwachungsmöglichkeiten, wissenschaftliche Forschung und Finanzgeschäfte. Die USA liegen derzeit bei den KI-Kapazitäten klar vorn, angetrieben von Milliarden Dollar, die in eine Art Kreditblase fließen. OpenAI, Anthropic und Google DeepMind produzieren nach wie vor die leistungsstärksten Systeme der Welt – doch Chinas DeepSeek holt schnell auf und das zu einem Bruchteil der US-Kosten und trotz weniger leistungsstarker Chips. Chinesische Open-Source-KI-Modelle machen mittlerweile etwa 15 bis 30 Prozent der weltweiten Modellnutzung aus, vor anderthalb Jahren lag dieser Anteil noch bei nahezu null.

Der Ausbau von KI und die rasante Entwicklung ihrer Rechenleistung erfordern enorme Strommengen. Das bedeutet, dass alle Energieformen eine neue Bedeutung erlangen und die Nachfrage fast ungebremsbar wächst. Dies hat einen neuen Wettlauf um die verbleibenden Ressourcen ausgelöst und die USA dazu getrieben, zu versuchen, China den Zugang zu diesen Ressourcen zu versperren, wo immer es möglich ist (vor allem aus Venezuela und dem Iran).

Wir sind noch nicht am Beginn des Dritten Weltkriegs angelangt. Aber wir sind in eine Ära eingetreten, in der die konkurrierenden Mächte die Welt immer gewaltsamer neu aufteilen.

Die deutschen Konzerne in der Weltwirtschaft

Mit dieser wachsenden Konkurrenz zwischen China und den USA und der hemmungslosen Orientierung auf „America first“ unter Trump ändert sich auch der Platz Europas. Die USA wollen die Beziehungen zu ihren „Verbündeten“ neu ordnen und komplett ihren Interessen unterordnen.

Das hat Folgen für Deutschland. Unter den europäischen imperialistischen Mächten ist Deutschland die größte Wirtschaftsmacht, weltweit liegt Deutschland auf Platz 3.

Doch nicht nur, dass Europa insgesamt gegenüber den USA und erst recht gegenüber China seit der Finanzkrise von 2008 deutlich an Boden verliert, auch innerhalb Europas fällt die deutsche Wirtschaft relativ zurück, insbesondere seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine vor vier Jahren.

» Kernbereiche der deutschen Industrie mit hoher Produktivität, relativer Führerschaft bei hochentwickelten kapitalintensiven Technologien und hoher Automatisierung sind Autobau, Maschinenbau und die Chemieindustrie. Das Problem ist, dass genau diese Branchen von externen Krisen (Energiepreise etc) und der wachsenden internationalen Konkurrenz besonders hart getroffen werden. «

Das alles hat nichts mit Fehlentscheidungen des einen oder anderen Managements oder einer Regierung zu tun. Tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten stark von der Globalisierung profitiert. Wie kein anderes Land Europas expandierte die deutsche Wirtschaft nach Osteuropa und in die Welt, vor allem nach China und die USA

Kernbereiche der deutschen Industrie mit hoher Produktivität, relativer Führerschaft bei hochentwickelten kapitalintensiven Technologien und hoher Automatisierung sind Autobau, Maschinenbau und die Chemieindustrie. Bekannte Konzerne sind Volkswagen, Daimler, Bosch, Siemens und die BASF. Das sind auch die Branchen, die ins Ausland exportieren - aber auch im Ausland produzieren lassen, zum Beispiel arbeitsintensive Produkte in Osteuropa oder Asien. Das wichtigste Exportgut sind nach wie vor Autos und Autoteile gefolgt von Maschinen und chemischen Produkten.

Das Problem ist, dass genau diese Branchen von externen Krisen (Energiepreise etc.) und der wachsenden internationalen Konkurrenz besonders hart getroffen werden. Der Hauptabsatzmarkt bleiben seit 2015 die USA, doch die Zollpolitik Trumps führt zu einem deutlichen Rückgang. Länder wie China, Indien und Südostasien produzieren inzwischen selbst bei steigender Qualität deutlich billiger, neben Autos auch Maschinen. Große weltweite Überkapazitäten treffen nun auf schrumpfende Märkte, was zu einer historisch niedrigen Auslastung der deutschen Industrie führt.

Betrachten wir die deutsche Automobilindustrie: 2024 ist der Gesamtumsatz der deutschen Automobilindustrie, der zu 70 % mit Exporten erwirtschaftet wird und vorher jahrelang gestiegen war, um 4 % zurückgegangen. Der massive Verlust an Marktanteilen in China spielt eine zentrale Rolle. Deutschlands



In Kecskemét (Ungarn) weitet Mercedes seine Produktion mit der elektrischen C-Klasse aus.

größter Autokonzern VW war 40 Jahre lang die Nummer 1 in China und hatte mal an die 40 % Marktanteil in China, aktuell sind es (zusammen mit den chinesischen Partnerunternehmen SAIC und FAW) unter 14 %. Die Automobilexporte Deutschlands nach China haben sich in drei Jahren mehr als halbiert.

Die deutschen Großkonzerne machen aber immer noch hohe Milliardengewinne! Heute ist es schwer zu prognostizieren, wie die deutschen Kapitalist:innen auf Dauer ihre Probleme versuchen werden zu „lösen“. Aber sicher geht das auf Kosten der Arbeiter:innen. Den jetzigen Angriffen werden weitere folgen!

Sie erhöhen die Ausbeutung durch Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitigen Lohnkürzungen und bauen massiv Stellen ab. Produktion wird nach Osteuropa verlagert. Daimler baut gerade sein ungarisches Werk weiter aus und will dort die Produktion verdoppeln. Die deutschen Großkonzerne versuchen aber auch, beim Einsatz neuer Technologien – KI, Robotik – ganz vorne dabei zu sein. Ein Wunschtraum, angesichts der Übermacht US-amerikanischer und chinesischer Konzerne. Aber wie in den USA sehen wir auch in Deutschland einen massiven Bau von Rechenzentren, gefördert durch staatliche Wirtschaftspolitik und Gelder. Die Öffnung einer Lithium-Mine in Serbien und neue „Partnerschaften“ mit südamerikani-

schen und afrikanischen Ländern – alles mithilfe der EU – sind Beispiele des Versuchs der Entkopplung von chinesischen Abhängigkeiten.

Im internationalen Konkurrenzkampf hat Deutschland ohne die EU keine Chance. Deshalb versucht es seit Jahren, unter Deutschlands Führung Europa zu einem schlagkräftigeren imperialistischen Block zu machen.

Wer kann das stoppen?

Angesichts des Wettrennens um weltweite Vorherrschaft wissen wir: Das geht nicht an der weltweiten Arbeiter:innenklasse vorbei. Die neue Jagd nach Bodenschätzen bedeutet Ausbeutung und Umweltzerstörung. Imperialistische Machtkonkurrenz bedeutet Umstrukturierungen, Sozialkürzungen und Krieg. Doch es wächst auch der Widerstand, wie die Aufstände der Generation Z in dutzenden von Ländern in den letzten zwei Jahren. Auch der Sozialkahlschlag in Deutschland verbunden mit massivem Abbau von Industriearbeitsplätzen und Aufrüstung sind unmittelbare Folgen der neuen weltweiten Rivalitäten. Wir brauchen keine Kristallkugel, um zu sehen, was auf uns zukommt – es liegt bereits offen vor unseren Augen. Die Zukunft birgt ein wachsendes Potenzial für massenhafte Streiks und eine Revolution. ■

Sabine Müller und Richard Lux, Berlin

Hamburger NATO-Übung und dickes Geschäft

Wie seit zwei Jahren findet aus dieses Jahr vom 24. bis 26. September eine NATO-Übung in der Hansestadt statt, um die „Drehscheibe“ Hamburg in einem sogenannten Angriffsfall zu verteidigen. „Red Storm Charlie“ ist ein weiterer Schritt in der Militarisierung – denn was haben Unternehmen wie Netto oder EDEKA bei einer Militärübung zu suchen?

Deutschland sichern?

Auf dem ersten Blick scheint es nur eine kleine Übung zu sein: In den Straßen Hamburgs werden Panzer nur nachts fahren und nur 500 Soldat:innen sollen im Rahmen der Übung in der Stadt sein (immerhin so viele wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr). Es ist allerdings bereits das dritte Manöver seiner Art und für 2027 ist bereits „Red Storm Delta“ angekündigt. Die Militarisierung Deutschlands und anderer EU-Staaten findet im Rahmen wachsender imperialistischer Spannungen statt und wird durch die „russische Gefahr“ gerechtfertigt. Im Falle eines Angriffs auf einen baltischen Staat soll Hamburg als Dreh-

fall für solche strategischen Bereiche schlichtweg verboten werden könnten.

„Verteidigung beginnt weit vor der Kaserne – sie beginnt in der Industrie“¹

Neu an Red Storm Charlie ist die Initiative der Handelskammer Hamburg: Red Storm Business, das über 100 Unternehmen einbindet (darunter HASPA, EDEKA, die HHLA, Rheinmetall... und das Miniatur Wunderland). Mit dem erklärten Ziel, „gemeinsam die Resilienz des



an den Händen: Sie verdienen ihr Geld auch durch den Transport von Waffen, die beim Genozid in Gaza zum Einsatz kommen.

» Es ist wichtig auf die Straße zu gehen, und klar zu zeigen, dass die Militarisierung uns Arbeiter:innen und Jugendlichen nicht schützt – im Gegenteil «

scheibe für die Truppenverlegung gesichert werden. Hauptanliegen der Bundeswehr ist also weniger die Schaustellung aller Truppen als die Einbindung möglichst breiter Teile der Bevölkerung und ziviler Akteure. Oder wie es Bundeswehrsprecher:innen sagen: Man will „dieselbe Sprache“ sprechen.

Doch wen soll eigentlich die Bundeswehr schützen? Denn letztes Jahr galten große Teile des Manövers Eingriffen in das zivile Leben, wie geübte Repressionen gegen eine (fiktive) linke Demonstration am Hamburger Hafen. Dazu testete die Agentur für Arbeit das Arbeitssicherungsgesetz, das Arbeitslose im Ernstfall zu Arbeit zwingen soll. Und mit der Beteiligung des Universitätsklinikums und der Hamburg Port Authority steht auch in Frage im Raum, ob Kündigungen von Beschäftigten im Kriegs-

Wirtschaftsstandorts [zu] stärken“ wollen sie Reaktionen auf Stromausfälle bzw. Angriffe auf die Stromversorgung üben. Heute sei im hybriden Krieg mit Cyberangriffen und der Störung kritischer Infrastruktur zu rechnen. Doch gerade die enge Zusammenarbeit zwischen „zivilen“ und „militärischen“ Akteuren erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein Aggressor keine Bedenken zeigt, zivilen Ziele anzugreifen.

Mit der Militarisierung wollen der deutsche Staats sowie viele deutsche Unternehmen in einer Zeit wirtschaftlicher und geopolitischer Spannung ihren Platz behaupten – und neue Profitquellen erschließen. So wurden in jüngster Zeit der Bau neuer Rüstungsfabriken (in Sangerhausen und Leipzig) oder die Umstellung von Auto- auf Rüstungsproduktion angekündigt. Viele Hamburger Unternehmen haben schon heute Blut

Die Reichen wollen Krieg, wir eine Zukunft!

Es ist wichtig auf die Straße zu gehen und klar zu zeigen, dass die Militarisierung uns Arbeiter:innen und Jugendliche nicht schützt – im Gegenteil. Dafür findet der nächste Schulstreik am 25. 9. statt, eine DGB-Kundgebung am 26. 9. (die allerdings die Militarisierung nicht direkt anspricht), sowie eine Reihe an Demonstration und Aktionen von verschiedenen Bündnissen. Es ist dringend notwendig, eine antikapitalistische und revolutionäre Perspektive gegen den Kriegskurs in die Schulen, Unis und Betriebe zu tragen! ■

Eva Ruth, Hamburg

¹ <https://www.hwk-hamburg.de/artikel/red-storm-business-hamburgerweiter-aktionstag-fuer-betriebe-93,0,2379.html>

² 5.158 Kisten Munition gingen vom Hamburger Hafen nach Israel im 2. Quartal 2026 laut dem Hamburger Transparenzportal

Revolutionäre Kandidatur in Berlin

Die RSO kandidiert bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Am 20. September können die Wähler:innen des Bezirks somit für die Liste „Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung“ stimmen - denselben Namen trug bereits unsere Liste zur Bundestagswahl 2025. Im Folgenden wollen wir auf die Bedeutung und die Ziele dieser Kampagne eingehen

Haushaltskürzungen und Aufrüstung

Diese Wahlen finden vor dem Hintergrund der zunehmenden Militarisierung und einer Offensive gegen die Arbeiter:innenklasse statt. Die Berliner Landesregierung (Senat) hatte schon mit dem Doppelhaushalt 2024/25 absolut drastische Kürzungen in Höhe von drei Milliarden Euro beschlossen, deren Auswirkungen von Jahr zu Jahr spürbarer werden, selbst wenn einige wenige Kürzungen nach Protesten für den Doppelhaushalt 2026/27 zurückgenommen wurden. Vor allem in Bildung, Kultur, Sozialarbeit und Gesundheit wird die Lage immer dramatischer. Diese Sparpolitik geht mit der massiven Aufrüstung auf Bundesebene einher: 2026 sind die Ausgaben im Bereich „Verteidigung“ um 28,7 Milliarden Euro auf 100,9 Milliarden Euro gestiegen.

Die soziale Lage ist zugleich durch eine wachsende Zustimmung zu den Ideen der extremen Rechten gekennzeichnet—auch innerhalb unserer Klasse. Aktuelle Umfragen sehen die Alternative für Deutschland (AfD) bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl mit rund 18 Prozent auf dem dritten Platz. Das ist etwa doppelt so viel wie bei der Wahl 2023. Hervorzuheben ist zugleich die besondere Stellung der Partei Die Linke,

die mit derzeit rund 22 Prozent sogar stärkste Kraft werden könnte.

Wahlzirkus und parlamentarische Illusionen

Eines der wichtigsten Themen im Wahlkampf sind die Mieten, die sich in den vergangenen fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt haben. Während die FDP den Berliner:innen den klugen Rat erteilt, „von der Miete zum Eigentum“ überzugehen, wagt es die SPD, den „Mietenwahnsinn“ anzuprangern. Die Linkspartei verspricht die Enteignung der großen Immobilienkonzerne.

Doch Die Linke war an der Regierung beteiligt, als der Senat 2021 den erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ nicht umsetzte, sondern begrub. Eine erneute „rot-rot-grüne“ Regierung würde nicht anders handeln, das hat die SPD-Spitze schon klar erklärt—selbst wenn Die Linke bei diesen Wahlen stärkste Kraft werden sollte.

Eine revolutionäre Alternative

Wir treten zu dieser Wahl an, um solche parlamentarischen Illusionen anzuprangern und den Arbeiter:innen sowie der Jugend eine Kampfperspektive aufzeigen: Organisieren statt resignieren! Wir müssen uns jeder Spaltung entgegenstellen und den Kapitalismus als Ursache der Probleme in den Fokus nehmen. Deshalb fordern wir auf unseren Plakaten und Flyern:

- ◆ **Hunderte Milliarden für Bildung und Soziales statt für Aufrüstung und Wehrpflicht!**
- ◆ **Kapitalismus raus aus der Klinik!**
- ◆ **Keine Profite mit unserem Zuhause!**
- ◆ **Keine Entlassungen! Kein Lohn unter 2.500€ Netto!**

- ◆ **Bleibe- und Wahlrecht für alle!**
- ◆ **Kampf gegen Gewalt an Frauen und LGBTQI*!**
- ◆ **Völkermord in Palästina stoppen!**
- ◆ **Die Großkonzerne verursachen die Klimakatastrophe. Sie sollen zahlen!**

Ein solches Kampfprogramm lässt sich nicht an den Wahlurnen durchsetzen. Nur durch eigene Organisation und Mobilisierungen auf dem Terrain des Klassenkampfes können sich die Arbeitenden und die Jugend der reaktionären Entwicklung dieser Gesellschaft entgegenstellen.

Wir arbeiten daran, eine solche Alternative aufzubauen. Wir sind uns bewusst, dass unsere Organisation alleine nicht die nötige Reichweite besitzt. Gerade deshalb haben wir verschiedenen revolutionären Organisationen vorgeschlagen, nicht nur diesen Wahlkampf, sondern vor allem die anstehenden sozialen Kämpfe gemeinsam anzugehen. Die Wahlen wollen wir nutzen, um eine revolutionäre Alternative sichtbar zu machen, die politisch unabhängig ist von der Linkspartei. Denn diese kanalisiert das oft große Engagement ihrer Mitglieder in die illusorische Perspektive von Veränderung durch Parlamentarismus. ■



Der aufhaltsame Aufstieg des Ulrich Siegmund

Am 6. September verzeichnete die AfD einen „historischen Sieg“ in Sachsen-Anhalt, indem sie mit 43,8 % ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Landtagswahl verdoppeln konnte. Die Perspektive einer Alleinregierung ist knapp am Einzug des BSW, der Grünen und SPD gescheitert und bleibt vorerst unklar, welche Koalition entstehen könnte. Doch eins ist deutlich: Der Regierung von Sven Schulze (CDU) wurde eine Absage erteilt. Was aber kann dem Aufstieg der AfD entgegengesetzt werden?

Selten gab es so viele Berichte aus Sachsen-Anhalt wie vor dieser Landtagswahl – auch wenn sie sich oft nur um das Moped Ulrich Siegmunds drehten, dem Spitzenkandidaten der AfD. Der Grund für den Aufstieg liegt aber viel mehr an angehäufter Frustration gegenüber der Politik der Landes- und Bundesregierung als an der erfolgreichen Werbestrategie des Hobby-TikTokers Siegmund. Gründe für Frust gibt es viele: Das Land hat den sogenannten „Strukturwandel“ doch nicht geschafft, und das Chemiedreieck um Bitterfeld, Halle (Saale) und Merseburg – eine Ansammlung von verschiedenen Chemieunternehmen in der Region, die gemeinsam mehr als 13.000 Menschen beschäftigen – baut Stellen ab um die Profite zu sichern. Die Reformpläne und Kürzungen der Regierung spürt man wiederum besonders bei der Schließung von Kitas, Schulen und Krankenhäusern. Zugleich gibt es in diesem strukturschwachen Gebiet wenig Spielraum für reformistische Politik. Hier ist es ein Leichtes für rechte Parteien, die Wut umzuformen, um nach Unten gegen angebliche „Sozialschmarotzer“ und Migrant:innen zu treten. Solche Entwicklungen gab es schon mit den starken Wahlergebnissen der Deut-

schen Volksunion (DVU) 1998, kurz nach der Wende und dem Ausverkauf der ostdeutschen Betriebe an den kapitalistischen Westen. Die AfD Sachsen-Anhalts verspricht in ihrem 100 Tage-Programm eine Politik, die den Sozialabbau beschleunigt und die Staatsausgaben radikal kürzt, sogar bei der Schulpflicht.

Dieser Aufstieg der Rechten ist aber kein spezifischer Fluch von Sachsen-Anhalt oder Ostdeutschland, starke Ergebnisse erzielte die AfD z. B. auch dieses Jahr im Süden von Rheinland-Pfalz. Doch diese Dynamik kann man

walten will, aber die ökonomischen Sorgen und Nöte der Menschen nicht verbessert. Dafür wurde sie nun abgestraft: Bei der Wahl fiel sie mit 8,6 % hinter die SPD und die Grünen zurück, von denen sie inhaltlich kaum noch unterscheidbar war. Dass es aber auch anders geht, zeigt Mustafa Groener, der im Wahlkreis Magdeburg II als Direktkandidat für die Linke angetreten ist. Er siegte bei den Erststimmen, wohl auch, weil er klar Stellung zum Genozid in Palästina, dem Sozialabbau und der Regierung bezog und glaubwürdig proletarische Politik vertrat.

➤➤ Der Kampf gegen die AfD kann nur gewonnen werden, wenn er außerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln geführt wird, welche diese Partei erst so stark gemacht haben. ◀◀

aufhalten – nur wie? In jedem Fall ist die Duldung der aktuellen konservativen Kürzungs- und Abschiebepolitik, wie es die Linkspartei tat bei ihrem Versuch, gemeinsam mit der CDU die AfD aufzuhalten, der falsche Weg. Denn das bekräftigt eben den Eindruck, dass die AfD die einzige echte Oppositionspartei

in Deutschland ist. Das wurde auch damit untermauert, dass Linke-Spitzenkandidatin Eva von Angern beispielsweise in der MDR-Wahlarena mehr Zeit darin investierte, die Rundfunkbeiträge zu verteidigen, als sich für den Erhalt von Krankenhäusern stark zu machen. Die Linke hat nach Jahren in ostdeutschen Regierungen klargemacht, dass sie dieses System nur ver-

Der Kampf gegen die AfD kann nur gewonnen werden, wenn er außerhalb der bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln geführt wird, welche diese Partei erst so stark gemacht haben. So fand in Magdeburg am 26. 8. ein „Migra-Streik“ statt, bei dem Gewerbetreibende aus Protest gegen die rassistische Hetze der AfD und der bürgerlichen Parteien die Arbeit niederlegten. Dabei zeigte sich wiederum, wo wirklich unsere politische Macht liegt: Nur im Streik und auf der Straße kann die Arbeiter:innenklasse zeigen, dass sie es sind, die dieses System am Laufen hält und nur sie hat die Möglichkeit, ein besseres und gerechteres System zu schaffen. Die rassistischen Kapitalfreund:innen der AfD mögen noch jubeln – aber die von ihnen geschürten Illusionen werden platzen. ■

Eva Ruth, Hamburg
und Jonas Schmidt, Mannheim



Anti-AfD-Protest in Berlin am Abend nach der Wahl

Heißer Herbst oder Verhandlungstisch

Seit Juni hat das Tempo der Angriffe von Regierung und großen Unternehmen – vor allem VW – stark zugelegt. Die IG Metall ruft am 21. September zu einem Aktionstag gegen den Kahlschlag der Autoindustrie auf und am 26. September stehen Kundgebungen des DGB¹ für den Erhalt des Sozialstaats an. Was können sich Arbeiter:innen von diesen Protesten erhoffen? Und was ist gegen die Angriffe nötig?

Die IG Metall (IGM) kündigt einen „heißen Herbst“ an, für Volkswagen, Mercedes und weitere Zulieferbetriebe. Auf dem Spiel steht nämlich die Zukunft der VW-Werke in Zwickau, Emden und Hannover, sowie das Audi-Werk in Neckarsulm, deren Produktion nur bis 2031 bzw. 2034 geplant ist. VW-Vorstandschef Blume will drastische Sparmaßnahmen durchsetzen, darunter den Abbau von weltweit 50.000 Stellen (noch zusätzlich zu den schon früher angekündigten Stellenstreichungen). Der Aufsichtsrat von VW hat diesen Kahlschlag einstimmig abgesegnet, also einschließlich der IG Metall und des Betriebsrats, die nur die „Kommunikation des Vorstands“ kritisierten.

Blume versucht aber zu beruhigen, dass für die Werke Alternativen geprüft werden sollen, darunter die Umstellung auf Rüstungsindustrie. Als Reaktion auf diese Ankündigungen plant die IGM einen bundesweiten Aktionstag am 21. September und sagt zurecht, dass die Kolleg:innen nicht für die Probleme der Bosse zu zahlen haben, die zudem weiter Profite machen. Zugleich sprechen sich die IGM-Oberen für Investitionen in „Zukunftstechnologien“ aus, versuchen also mal wieder den Bossen Ratschläge zu geben, anstatt mit aller Kraft für die Öffnung der Geschäftsbücher der Großkonzerne und ein Verbot aller Entlassungen zu kämpfen.

Diese zwiespältige Haltung sorgte auch für Ärger bei den Beschäftigten, vor allem in Neckarsulm und bei Mercedes Untertürkheim, wo der Mangel an Initiative der IGM-Führung öffentlich vom IGM-Vertrauenskörper kritisiert wurde. In einem offenen Brief kritisiert dieser auch deutlich die Militarisierung: „Das Geld, was in den Sozialkassen durch die Sparmaßnahmen fehlt, fließt auch in



Ruhrpott-Rebellion in Duisburg, 4. Juli 2026

die Aufrüstung. Unsere Jugend soll wieder für die Profite der Konzerne in den Krieg ziehen.“

Unter dem Motto „Hart verdient“ ruft der DGB am 26. September zu Kundgebungen in 15 Großstädten auf. Den 8-Stunden-Tag und die Rente zu verteidigen und sich der Hetze der Merz-Regierung gegenüber Sozialhilfe-Empfänger:innen entgegenzustellen, das ist alles bitter nötig! Und die Wut bei

sind gute Löhne und Renten, und die sollen aus den Taschen der Konzernvorstände und Aktionär:innen bezahlt werden, die prall gefüllt sind, egal ob sie ein großes Wachstum zu verzeichnen haben oder nicht! Wir könnten nur dann an Wachstum interessiert sein, wenn wir als Arbeiter:innen selbst entscheiden könnten, was wir produzieren und inwieweit die Produktion tatsächlichen Fortschritt bedeutet.

»» Was wir wirklich brauchen sind gute Löhne und Renten, und die sollen aus den Taschen der Konzernvorstände und Aktionär:innen bezahlt werden, egal ob sie ein großes Wachstum zu verzeichnen haben oder nicht. ««

Kolleg:innen darüber ist auch spürbar. Doch wer sich den Aufruf des DGB genau durchliest, wird auch schnell auf Sätze stoßen wie: „Wir brauchen eine Wachstumsagenda für Deutschland und Europa“, oder „Mach dich stark mit uns – für Wachstum und Investitionen“. Doch was wir wirklich brauchen

Dazu kommt, dass die Aufrufe von DGB und IGM die Militarisierung mit keinem Wort erwähnen. Doch diese Frage wird sich immer dringender stellen, besonders angesichts der Überkapazitäten der Autobranche, und dem erklärten Ziel der Bundesregierung, 5 % des

Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben.

Diese Haltung der Gewerkschaftsführungen ist das Produkt eines langen Prozesses der Integration in die kapitalistische Gesellschaft. Dies hat sich schon vor über 100 Jahren, im Ersten Weltkrieg, durch die Politik des „Burgfriedens“ offenbart: Anstelle des Klassenkampfes gegen die eigenen Kapitalist:innen, die am Krieg gut verdienten, verzichteten die Gewerkschaften auf Streiks um gemeinsam „das Vaterland zu verteidigen“. Seither hat sich diese Vermittlerrolle in Gestalt der „Sozialpartnerschaft“ nur noch verfestigt.

Regierungen nutzen diese Integration der Gewerkschaften, um ihre Angriffe schleichend durchzusetzen, und hoffen dadurch Gegenwehr zu verhindern. Das ist keine Verschwörungstheorie, es steht sogar ganz offen im „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ der Bundesregierung: „Wir werden die Tarifvertragsparteien bitten [...] konkrete Regelungsbereiche vorzuschlagen, in denen abweichende Regelungen von geltenden Gesetzen [gemeint sind Verschlechterungen für die Arbeitenden], z. B. im Bereich des Arbeitsrechts [...] oder des Unternehmensrechts (z. B. Berichts- oder Sorgfaltspflichten), durch Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien getroffen werden können.“

Ruhrpott-Rebellion

Bei den nicht endenden Angriffen der Regierung und der Großkonzerne muss aber selbst die Gewerkschaftsführung wider Willen Protest organisieren, um ihren Einfluss an der Basis nicht zu verlieren. Anfang des Sommers haben DGB, ver.di und die IG Metall zum Protest aufgerufen. Die Ruhrpott-Rebellion wurde durch die Führung der IGM unter dem Motto „Hände weg vom Sozialstaat“ ins Leben gerufen. Eine Antwort auf die Sozialkürzungen der Regierung, aber vor allem auch auf die Sparpläne der Bosse der Metallindustrie, die im Ruhrpott immer noch 140.000 Menschen beschäftigt. Auch diese Arbeitsplätze sind teilweise in Gefahr und die

Erpressung damit wird von Konzernen wie Daimler oder ThyssenKrupp zu Lohnsenkungen benutzt. Als solche Pläne im letzten Jahr bei Thyssen in Duisburg bekannt wurden, hat ein linker Betriebsrat eine „mobile Sprechstunde“ eingerichtet, die von mehr als 100 Kolleg:innen genutzt wurde, um sich zu „informieren“, was etwas von

Antwort auf Stellenabbau gab es in Duisburg 1988 eine Demo mit 100.000 Arbeiter:innen. Mit dem Wissen im Hinterkopf ist es auch nicht schwer zu verstehen, wie eine tatsächlich selbstbewusste Arbeiter:innenklasse entsteht. Im gemeinsamen Klassenkampf, mit Streik und Demonstrationen.

»» Regierungen nutzen diese Integration der Gewerkschaften, um ihre Angriffe schleichend durchzusetzen, und hoffen dadurch Gegenwehr zu verhindern. ««

einem „wilden Streik“ hatte. Ein Ausdruck davon, wie groß Verärgerung und Wut sind.

Die Tatsache, dass Ende des Jahres für die IGM die Tarifverhandlungen in der Metallbranche anstehen, ist sicher auch ein Faktor, warum die Gewerkschaft einmal die Muskeln hat spielen lassen. Die IGM, nicht zuletzt auch deren Jugend, hat in Essen, Duisburg, Bochum, usw. mobilisiert. Insgesamt waren in 14 Städten 11.000 Menschen auf der Straße. Das ist für die eher allgemeine Losung „Hände weg vom Sozialstaat“ und die sehr kurzfristige Mobilisierung eine sehr gute Zahl. Allein in Duisburg waren es rund 3.000 Menschen. Die Demo hat ein Gefühl von Solidarität und eines gemeinsamen Kampfes für ein gemeinsames Ziel vermittelt. Von vorne zu sehen, wie der Demonstrationzug, soweit das Auge blicken kann, eine Straße mit wütenden Menschen, Fahnen und Parolen ausfüllt, lässt einen verstehen, was Klassenbewusstsein bedeutet. Angesichts der Probleme unserer Zeit, Klimakatastrophe und Krieg, ist es leicht zu resignieren, sich ohnmächtig zu fühlen. Die Demo hat aber wieder in Erinnerung gerufen, was die Arbeiter:innenklasse tatsächlich bedeuten kann. Arbeiter:innenklasse, das ist Kampf, Solidarität und die Hoffnung auf eine bessere Welt. 3.000 Leute ist historisch gesehen für eine IGM-Demo in Duisburg nicht besonders viel. Als

Für einen klassenkämpferischen Herbst!

Diese Erfahrung im Ruhrgebiet zeigt, dass Wut da ist. Die Kolleg:innen wollen zurecht nicht kampfflos den Abbau unserer sozialen Errungenschaften dulden. Deswegen müssen wir auch aus den Aktionstagen am 21. und 26. September erste Ansätze machen, eine echte Bewegung in den Betrieben zu verankern. Was es braucht, sind aber keine einmaligen Demos, mit denen die Gewerkschaftsbürokratie einmal den Kapitalist:innen zeigen kann, wie sie Arbeiter:innen mobilisiert. Was es braucht, ist eine Organisation und Mobilisierung an der Basis. Das wird auch nicht in nur ein oder zwei Warnstreiks geschehen, damit anschließend die Gewerkschaftsführung einen schlechten Kompromiss als Gewinn verkaufen kann, sondern in richtigen, selbstorganisierten Streiks. Für solche tatsächlichen Klassenkämpfe stellt die Gewerkschaftsbürokratie heutzutage ein Hindernis dar. Dafür müssen wir uns mit all den Kolleg:innen, die die „Sozialpartnerschaft“ satt haben, koordinieren. ■

*Eva Ruth, Hamburg
und Victor Dalmau, Düsseldorf*

1 Deutscher Gewerkschaftsbund (Dachverband, zu dem IGM und ver.di als größte Einzelgewerkschaften gehören)

Das Gesundheitssystem wird abgewrackt

Gespart wird im deutschen Gesundheitssystem ab 2027 überall, nur nicht an der Länge der Gesetzesnamen: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BSaStabG), Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG) oder Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG). Aber egal wie die Einsparmaßnahmen nun genannt werden, die Auswirkungen werden katastrophal sein.

Es ist schwer, den Überblick zu behalten bzw. all die Veränderungen in einem Artikel aufzuführen. Selbst wenn, wie in diesem Artikel, nur das BSaStabG betrachtet wird. Doch das Ziel ist bei allen das gleiche: Sparen! So soll z. B. das BSaStabG allein die Krankenkassen bis 2030 um 38 Mrd. € entlasten.

Diese Dimension erklärt vielleicht auch die Eile, mit der dieses Gesetz durchgepeitscht wurde. Die beauftragte Kommission legte ihre Vorschläge im April 2026 vor, zwei Wochen später kam der Gesetzentwurf. Im Juni und Juli wurde das parlamentarische Verfahren im Bundestag unter hohem Zeitdruck und mit Hunderten Seiten kurzfristiger Änderungsanträge durchlaufen. Am 10. Juli wurde das Gesetz vom Bundestag beschlossen – eine Verschiebung der Abstimmung wurde rigoros abgelehnt. Das Gesetz besteht v. a. aus einem Wirrwarr an Änderungen anderer Gesetze mit weitreichender Wirkung – kaum eine Abgeordnete:r konnte daher alle Details vor der Abstimmung erfasst haben. Ihr „Ja“ galt wohl eher der Sparpolitik: Belastung der Versicherten und der Beschäftigten im Gesundheitssystem, Entlastung für die Unternehmen bei den Beiträgen, Druck mehr zu arbeiten, Stärkung der Marktmechanismen im Gesundheitssystem, etc

Mit Telefonterror gegen Krankschreibung

Für die gesetzlich Versicherten sieht das Gesetz

höhere Zuzahlungen vor. Bei Medikamenten, Heilmitteln, stationärem Aufenthalt, Zahnersatz usw. Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartner:innen für die Krankenkasse entfällt. All diese Kürzungen belasten Menschen mit schwachen Einkommen mehr. Höhere Zuzahlungen und Zusatzbeiträge führen dazu, dass die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung immer stärker zu Lasten der Lohnabhängigen geht. Mit Regelungen zu einer Teilkrankschreibung – d. h. bei einer länger andauernden Erkrankung zu 25, 50 oder 75 % zu arbeiten – wird der Druck auf jeden einzelnen Versicherten erhöht, sich bloß nicht arbeitsunfähig schreiben zu lassen.

Bist du krank, gehst du zur Arztpraxis

Das dürfte deutlich schwieriger werden. Die Obergrenze für das Honorar für Praxis-Arzt:innen soll weiter gedeckelt werden (Budgetierung). Zusätzlich kommen die Vorsorgeuntersuchungen wie z. B. für Schwangere und Kinder mit ins Budget. Diese konnten vorher außerhalb des Budgets verrechnet werden. Am Ende heißt das: mit viel weniger Geld soll viel mehr abgedeckt werden. Und das heißt auch, dass Ärzt:innen, wenn sie gleichbleibend behandeln, am Ende umsonst arbeiten müssten. Zusätzliche Einnahmen durch Terminvermittlung, befüllen der elektronischen

Patientenakte, Beratung zu Organspende usw. entfallen ebenfalls künftig. Was wird wohl passieren? Es wird schwieriger, einen Termin beim Hausarzt, Psychotherapeuten oder einem Facharzt zu bekommen – zumal es keine Verpflichtung für Arzt- oder Therapeutenpraxen gibt, Patient:innen aufzunehmen. Die Dimension wird vielleicht etwas klarer mit einer Berechnung der KBV (Kassenärztliche Bundesvereinigung): 46 Millionen Behandlungsfälle werden aufgrund der Kürzungen nicht mehr gegenfinanziert. Konsequenz: Gesetzlich versicherte Patient:innen werden später oder gar nicht mehr behandelt.



Streik an der Charité: Kundgebung vor dem Arbeitsgericht am 2. 9. 2026

Doppelt gekniffen ...

... sind Beschäftigte in den Kliniken. Sie sind in der Regel gesetzlich versichert und gleichzeitig Ziel des Angriffs der Regierung auf die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung. Auch hier gilt der

» Es geht nicht nur um einen Tarifvertrag sondern um unseren zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen «

Deckel der Kosten wie bei den Praxen. Dies wird zu Einnahmeausfällen und weiteren Insolvenzen von Kliniken führen. Tarifsteigerungen, egal welcher Berufsgruppe, werden nur noch zu 50% in die Vergütung durch die Kassen einfließen. Das betrifft auch die Pflege, die derzeit über das sog. Pflegebudget gegenfinanziert wird. 2020 wurde das Pflegebudget eingeführt und die Personalkosten der Pflege aus den Fallpauschalen (DRGs) herausgelöst, sodass die Pflegepersonalkosten für die Versorgung am Bett weitgehend von den Krankenkassen gegenfinanziert wurden. Nun werden viele Tätigkeiten (Leitung, Administratives) nicht mehr aus dem Budget gegenfinanziert, gleichzeitig gilt der Deckel durch die Kappung entsprechend der Grundlohnrate¹ minus 1 % für die Personalkosten. Das heißt im Klartext: kommt es z. B. zu einer Lohnsteigerung von 3,5 %, werden nur 2,5 % gegenfinanziert. Lohnsteigerungen müssen in Teilen von den Kliniken aus anderen Töpfen bezahlt werden und dabei das Personal von Service oder Facility in Konkurrenz zu Pflegekräften, Ärzt:innen usw. stellen. Kliniken werden versuchen, Personal abzubauen. Pflegekräfte kennen dies zu genau.

Dem Personalabbau entgegenwirken

Die Einführung der Fallpauschalen (DRGs) machte den Personalabbau in der Pflege attraktiv und führte zu einem massiven Pflegepersonalmangel. Nach Corona und erkämpften Entlastungstarifverträgen entspannte sich die Lage etwas, doch das GKV-Gesetz setzt allem noch eins oben drauf: es schafft

die Personalbemessung bei der Pflege (PPR) ab. Bei den Ärzt:innen soll es ebenso keine Personalbemessung geben. Sogar die Erforschung solcher Instrumente wird nicht mehr gefördert. Nicht einmal mehr die Pflegepersonal-

untergrenzen sollen verlässlich als allerunterste Leitplanke bei der Personalbesetzung dienen. Stattdessen soll es eine Generalnorm geben. Sie verpflichtet in allen Personalbereichen für eine Personalbesetzung zu sorgen, die für eine gute Qualität der Leistungen erforderlich ist. Also Personalbesetzung nach Kassenlage!

Lobbyarbeit ... oder einfach Kapitalismus

Es hört sich oft so an, als sei Gesundheitsversorgung ein Zuschussgeschäft. Doch die DRGs sorgen dafür, dass private Klinikbetreiber durchaus Gewinne aus dem System ziehen. Spezialpraxen wie in der Radiologie oder Augenmedizin gehören immer häufiger irgendwelchen Ketten, deren Eigner vor allem ihre Rendite im Auge haben. Die Pharmaindustrie hat sich ebenfalls aufgeplustert und gedroht und siehe da, die Reduktion ihrer Gewinne durch verpflichtende Abschläge fällt weiter verschwindend gering aus.

Kapitalismus raus aus den Kliniken

In den letzten Jahren erkämpften große Kliniken sogenannte Entlastungstarifverträge – sie legten ein bestimmtes Verhältnis von Personal und Patient:innen (Ratios) fest. Wurde die Ratio nicht eingehalten, gab es Sanktionen für die Klinik und führte so zu deutlich mehr Personal. Denn am Personal sparen lohnte sich durch den zu zahlenden Belastungsausgleich nicht mehr. Nach Bekanntgabe des GKV-Gesetzes kündigte z. B. die Berliner Charité bereits den dortigen Entlastungstarifvertrag.

Das wollen die Kolleg:innen der Charité

jedoch nicht hinnehmen. Sie übergaben ihren Forderungskatalog zum Erhalt und zur Anpassung des bisherigen Tarifvertrages an die Charité und bereiten einen Streik vor. Die Charité bietet nur Verschlechterungen. Sie will die Ratios aufweichen, Azubis in Teilen als ausgebildete Kräfte anrechnen, das Ausgleichssystem deutlich verschlechtern. So soll ein CHEP (Charité Entlastungspunkt), der den Pflegekräften nach 5 unterbesetzten Schichten zusteht, künftig nicht mehr den Gegenwert von 8 Arbeitsstunden haben, sondern nur noch 2,5. Die Kolleg:innen der Charité gewinnen immer mehr Kraft für einen Streik. Aber sie wissen auch, dass die Charité unbedingt verhindern will, dass sie erneut einen wirksamen Entlastungstarifvertrag erkämpfen. Sie droht mit Personalabbau und versucht, die Bedingungen für einen Notdienst einseitig zu diktieren bzw. demnächst auch mit Gerichtsanhörung den Streik zu verunmöglichen. Das kennen die Kolleg:innen alles schon. Ihre Auseinandersetzung wird Einfluss auf viele andere Kliniken haben. Aber auch die Belegschaften aller anderen Kliniken sollten genau hinschauen und die Charité-Streikenden unterstützen. Es geht nicht nur um einen Tarifvertrag, sondern um unsere zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Mittlerweile hat die Charité eine einstweilige Verfügung gegen einen Warnstreik der Kolleg:innen vor Gericht erzwungen. Die von ihr geforderten Notbesetzungen während des Arbeitskampfes schränken das Streikrecht der Beschäftigten so stark ein, dass ein wirksamer Streik auf den Stationen und den OPs kaum möglich ist. Die Kolleg:innen werden nicht klein begeben und suchen nach Wegen, den Druck auf die Charité beizubehalten. ■

Havanna Obst und Paula Anders, Berlin

3. 9. 2026

¹ Die Grundlohnrate gibt an, wie stark die beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung im Durchschnitt im Vergleich zum Vorjahr in Prozent gestiegen oder gesunken sind. Arbeitslosigkeit, Billigjobs und schlechte Tarifabschlüsse lassen die Grundlohnrate weniger steigen.

Von brennenden Wäldern und urlaubsreifen Kanzlern

Die Helden sind wütend“ titelte Mitte August die Wochenzeitung „Die Zeit“, nachdem in Frankreich Tausende Feuerwehrleute in den Streik getreten waren. Die Waldbrände diesen Sommer haben ihnen alles abverlangt, doch die Politik kam ihnen kaum entgegen. Das zeigte sich auch in Deutschland

Verheerende Brände

Man konnte diesen Sommer den Eindruck haben, ganz Europa stünde in Flammen. Mitte August dann auch in Deutschland: Es brannte der Hürtgenwald bei Düren und zwei Tag später das Naturgebiet Hohes Venn, in der Grenzregion Aachen-Belgien.

Im Hürtgenwald verbrannten in gut einer Woche 300-400 Hektar Wald. Im hohen Venn wird es wohl noch Wochen weiterbrennen, da der trockene Torfboden den Brand weiter füttert. Mindestens 3200 Hektar Moor- und Heidelandschaft sind bisher zerstört worden.

Der Brand im Hürtgenwald

Der Hürtgenwald ist vor allem durch die gleichnamige Schlacht im Zweiten Weltkrieg bekannt. Bis heute ist der Boden voller Munition und militärischem Material, der Brand (der größte in der Geschichte NRW) konnte dementsprechend schwer gelöscht werden. Teilweise konnten nur Panzer der Bundeswehr am Boden vorrücken, immer wieder hörte man Explosionen durch Munitionsreste – eine Parallele zum Brand im hohen Venn, wo das Moor das Vorrücken behinderte.

Evakuiert wurde bereits in der ersten Nacht die ganze Gemeinde Hürtgenwald-Gey, rund 1800 Menschen, die gut eine Woche nicht in ihre Häuser zurück konnten. Die Gemeinde wurde nicht zerstört, die Feuerwehr konnte mit gut

900 Einsatzkräften den Brand wenige hundert Meter vor den Häusern stoppen.

Dabei taten sich allerdings viele Mängel in der Waldbrandbekämpfung auf. Denn die Berufsfeuerwehr in Deutschland befindet sich meist nur in Städten und ist dementsprechend schlecht für Einsätze bei Waldbränden ausgestattet und trainiert. Der hohe Personalmangel erschwert flexibles Reagieren. Im ländlichen Bereich ist vor allem die freiwillige Feuerwehr verantwortlich, die bei solchen Extremsituationen völlig überfordert und unterfinanziert ist

Dazu kommt die schlechte Ausstattung. Manche Feuerwehrleute kritisieren das schon seit Jahren, etwa der Verein @fire: Feuerwehrleute, die sich in ihrer Freizeit auf Waldbrände vorbereiten und an vorderster Front mithelfen – da sie Expertise haben, die der Staat in keiner Ausbildung zur Verfügung stellt. Auch hier zeigt sich: Der Staat stützt sich in vielen Bereichen auf Freiwilligkeit, um Kosten zu sparen.

Hohes Venn

Das hohe Venn ist eine uralte Moorlandschaft am Rand der Eifel, die sich zwischen Monschau bei Aachen und Eupen bei Lüttich erstreckt. Leider sind Brände dort keine Seltenheit, für den Torfabbau im 19. Jahrhundert wurden riesige Flächen trockengelegt. Die Folgen des kapitalistischen Raubbaus an der Natur werden durch gewaltige Brände sichtbar – das letzte Mal 2011, als 1.600 Hektar brannten. 2026 waren es nun doppelt so viele, 630 Menschen mussten ihre Häuser verlassen. Einige führende Köpfe der kleinen Feuerwehr warfen der Regierung vor, trotz des Wissens über die Brandgefahr im hohen

Venn keine Vorkehrungen getroffen und keine Lehren aus dem Brand 2011 gezogen zu haben. Auch hier wäre vieles ohne Freiwillige nicht gegangen, teilweise waren Bauern aus der Eifel im Einsatz, die schon vorher tagelang im Hürtgenwald geholfen hatten. Notwendige Einsatzfahrzeuge (wie Löschflugzeuge) kamen erst nach Tagen aus Schweden

Wer gegen den Klimawandel kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen

Sinnbildlich für die Wut und die Enttäuschung vieler in der Bevölkerung war der Besuch von Friedrich Merz. Nachdem er seinen Urlaub entspannt beendet hatte, fuhr er in den Hürtgenwald, um den Einsatzkräften zu danken – wohlgermerkt nachdem das Feuer gelöscht war. Begleitet wurde er von einer Demo und einem Pfeifkonzert, dem sich viele Anwohner:innen anschlossen. Merz hatte, wie seine belgischen und französischen Kolleg:innen, nichts als schöne Worte für die Einsatzkräfte und Freiwilligen übrig. Dabei gäbe es viel zu tun, doch der bürgerliche Staat investiert lieber in Rüstung – weshalb die Feuerwehrleute in Frankreich nun in den Streik getreten sind. Weder sie noch Bewohner:innen mit Waldgebieten in der Nähe sollten die Folgen des Klimawandels ausbaden müssen – sondern die, die ihn zu verantworten haben! ■

Jonas Schmidt, Mannheim

Vollständiger Artikel:



Klimakatastrophe Kapitalismus

Der hinter uns liegende Rekordsummer zeigt was uns ab jetzt regelmäßig droht und wie weit der Klimawandel bereits vorangeschritten ist. Die Auswirkungen auf uns Arbeitende sind dramatisch: Gesundheit, steigende Preise, der Tod von Angehörigen, steigende Unsicherheiten... Es ist so deutlich wie nie, dass ein Kampf gegen die Klimakatastrophe und ihre Auswirkungen nur erfolgreich sein kann, wenn wir die kapitalistische Ordnung selbst in Frage stellen.

Der Klimawandel ist nicht abstrakt, sondern wirkt sich auf unser alltägliches Leben aus. Für viele wurde schon der Arbeitsalltag zu einer extremen Belastung. Egal ob auf der Baustelle, in nicht klimatisierten Büros und Klassenzimmern, als Essenszusteller:in, in der Gastronomie oder in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Auch die Nächte boten oft keine Abkühlung, viele Wohnungen waren dauerhaft total überhitzt. Anpassungsmaßnahmen gibt es oft einfach nicht.

Alleine in Europa dürfte es diese Sommer mindestens 35.000 Hitzetote gegeben haben. Vor allem in Pflegeheimen und Krankenhäusern müssen Beschäftigte nicht nur selber mit der Hitze zurecht kommen, sondern auch dabei zusehen wie ihre Patient:innen hitzebedingt leiden und sterben.

Die Dürre brachte nicht nur verheerende Waldbrände, die Feuerwehrleute und Sanitäter:innen an ihre Grenzen brachten und Häuser wie Leben zerstörte, sondern auch massive Ernteaufschläge, steigende Lebensmittelpreise und eine sinkende Versorgungssicherheit mit sich. Besonders betroffen sind Menschen in halbkolonialen Ländern des globalen Südens, wo aufgrund von Ernteaufschlägen und Lebensmittelexporten, Hungerkatastrophen ungeahnten Ausmaßes drohen. Doch die Riesenprofite der großen Nahrungsmittelkonzerne werden weiter explodieren.

„Ohne Sanktionen“

Der österreichische Umweltminister (ÖVP) stellte erst kürzlich klar, dass der Klimafahrplan Österreichs (CO₂-Reduktion um 90% bis 2040) „ohne Sanktionen“ sein soll. Heißt im Klartext: große Unternehmen können ohne Konsequenzen so weitermachen wie bisher. Gleichzeitig wird es, wie bisher,

saftige Subventionen wegen hoher Strompreise oder zur Förderung „grüner Technologien“ geben. Abgesichert wird das alles durch eine „Standortklausel“ zur Abwehr jeglicher Einschränkungen fürs Kapital. Die Industriellenvereinigung (IV) warnt davor, dass ambitionierte Klimaziele „Tür und Tor für Klima-

haben Banken im Jahr 2025 über 10 Milliarden Euro Gewinne gemacht, während gleichzeitig bei Klimaförderungen und dem Ausbau der Bahn gekürzt und das Klimaticket verteuert wird. Angeblich weil kein Geld da ist und gespart werden müsse.

» Die Auswirkungen auf uns Arbeitende sind dramatisch: Gesundheit, steigenden Preise, der Tod von Angehörigen, steigenden Unsicherheiten ... «

freaks (!)“ öffnen würden. Nicht zufällig will sie die Klimawandelleugner der FPÖ in der Regierung: jegliche Umweltauflagen sollen begraben und die Reste des Sozialstaats zugunsten des Kapitals zerstört werden - eine Politik, die sich in Deutschland durch Merz' massiven Sozialabbau und den unverhohlenen klimaschädlichen Maßnahmen von Gas-Lobbyistin und Energieministerin Katarina Reiche bereits manifestiert.

Dabei wäre Klimaschutz schnell und praktisch machbar. Dazu zählt das Luxusleben der Superreichen, mit Privatjets, Yachten und Riesenvillen, zu beenden. Denn das reichste 1 Prozent stößt doppelt so viel CO₂ aus wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung! Die riesigen Profite von Banken und Konzernen könnten viele Sofortmaßnahmen finanzieren. Alleine in Österreich

Arbeiter:innen an die Macht

Wirklichen Klimaschutz und notwendige Anpassungsmaßnahmen werden wir jedoch nur gegen das Kapital und seine Politik durchsetzen können. Der Druck den eine Klimabewegung auf der Straße aufbauen kann, wird dafür nicht ausreichen. Es braucht eine mobilisierte Arbeiter:innenklasse, die in ihren Betrieben und auf der Straße das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben kann. Wir Lohnabhängigen halten die Gesellschaft am Laufen, wir müssen bestimmen wie das passieren soll. Das bedeutet an die Hitze angepasste Arbeitsbedingungen durchzusetzen, aus den Profiten der Immobilienkonzerne Anpassungen für kühlere Wohnungen zu bezahlen, leistbare und grüne Mobilität durchzusetzen und schädliche Industrien umzugestalten. Unter Arbeiter:innenkontrolle könnte eine Umstellung der Produktion auf Technologien, die wir für den Kampf gegen Klimawandel und Anpassungsmaßnahmen brauchen, umgesetzt werden. Willst du der Klimakatastrophe was entgegensetzen? Dann bereite die Revolution vor! ■

Johannes Wolf, Wien



Internationalistisches Sommercamp 2026: Schwung und Motivation, um die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten

Eine Woche des internationalen Austauschs zur Stärkung der Revolutionär:innen

Das internationalistische Sommercamp bot eine Woche voller Austausch, Schulungen und kämpferischer Debatten und brachte 300 Genoss:innen aus den Vereinigten Staaten, Griechenland, dem Spanischen Staat, Deutschland, Österreich und Frankreich zusammen.

Die zweite Ausgabe dieses Camps fand in einer Welt statt, die buchstäblich in Flammen steht. Während tödliche Hitzewellen und Waldbrände den Planeten verwüsten, eskaliert der Krieg weiter, und überall auf der Welt leiden Arbeiter:innen unter Ausbeutung, niedrigen Löhnen, Rassismus und Entlassungswellen.

Diese Katastrophen sind keineswegs Naturkatastrophen – ganz im Gegenteil. Sie sind die brutalsten Ausprägungen der kapitalistischen Barbarei im 21. Jahrhundert. Und vor wenigen Tagen erreichte das Grauen mit dem Massaker von Ceuta eine neue Dimension: Mindestens 140 unserer Klassenbrüder und -schwestern verloren ihr Leben an den Grenzen von Ceuta, an den Ufern des Mittelmeers [...].

Ja, Grenzen töten. Und unsere imperialistischen Regierungen tragen dafür die volle Verantwortung – nach Jahrhunderten der Plünderung und Ausbeutung der ganzen Welt. Gestern wie heute behandeln sie Menschenleben wie Schachfiguren. [...] Die Feinde sind die Milliardär:innen und ihre Handlanger an der Spitze der Regierungen und im Staatsapparat – nicht die Migrant:innen.

Angesichts der kapitalistischen Barbarei: Organisieren wir uns, um die Kämpfe zu stärken

[...] Im Mittelpunkt unserer Diskussionen stand der Anstieg der Spannungen und Rivalitäten zwischen den imperialistischen Großmächten, angeheizt durch den Wettbewerb um die

Kontrolle über Ressourcen und Märkte, mit der Folge einer zunehmenden Militarisierung, die das Risiko eines großflächigen Krieges erhöht.

In diesem durch globale Instabilitäten noch verschärften Wettstreit greifen rivalisierende Bourgeoisien auf der internationalen Bühne Arbeiter:innen und Völker an, indem sie ein wahres Arsenal an Waffen zur Spaltung der Massen einsetzen: Autoritarismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Ihr Ziel: jegliche Opposition zum Schweigen zu bringen und weiterhin maximale Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse zu schöpfen. [...]

Angesichts dieses reaktionären und autoritären Aufschwungs – und der dadurch ausgelösten Wut der Bevölkerung – entstehen neue „Linke“, die sich als radikal präsentieren. Sie behaupten, diese Wut zu verkörpern, versuchen jedoch in Wirklichkeit, sie in den harmlosen Rahmen der Verteidigung der Demokratie durch Wahlen zu lenken. Sie fordern antifaschistische Fronten, vor allem mit den nächsten Wahlen im Blick, und achten sorgfältig darauf, das kapitalistische System nicht als das zu entlarven, was es ist. Somit tragen sie in Wirklichkeit dazu bei, unsere soziale Klasse zu entwaffnen.

Im Gegensatz zu diesen von der institutionellen Linken verbreiteten Illusionen sind wir überzeugt, dass nur eines den Aufstieg der extremen Rechten wirklich aufhalten kann: weder eine weitere Wahlfront, noch ein neues „Bündnis der Linken“, noch ein „kleineres Übel“, sondern eine Arbeiter:innenklasse, die das Vertrauen in ihre eigene Fähigkeit zurückgewinnt, selbstständig zu handeln, sich zu organisieren und ihre Interessen zu verteidigen.

Ein revolutionärer Pol, um zu zeigen, dass die arbeitenden Menschen sich nur auf ihre eigene

Kraft verlassen können

[...] Die vielen aktuellen Kämpfe der Arbeiter:innenklasse standen im Mittelpunkt der Diskussionen und Workshops in unserem internationalistischen Camp: vom Generalstreik in Bolivien bis zu den Streiks in europäischen Luft- und Raumfahrtwerken, von den Mobilisierungen für Palästina bis zu den Arbeiter:innenstreiks gegen Ausbeutung und Unterdrückung, einschließlich der Selbstverteidigungsgruppen gegen ICE in den USA [...].

All diese Erfahrungen werfen dieselbe Frage auf: Wie können wir Wut in kollektive Stärke umwandeln? Wie können wir uns organisieren, um die Interessen unserer Klasse mit einer möglichst breiten Einheit im Handeln zu verteidigen? Und vor allem: Wie können wir einen Weg zur Emanzipation ebnen? Für uns ist eines sicher: Nur politische Kämpfe und die unabhängige Organisation der Arbeiter:innenklasse können diesen Kurs vorgeben.

Da im kommenden Jahr in den verschiedenen Ländern, in denen wir aktiv sind, zahlreiche Wahlen anstehen, bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, die Stimme eines von der institutionellen Linken [...] unabhängigen revolutionären Pols zu stärken, auch im Wahlkampf. Es wird keine Abkürzungen geben: Unsere einzige Waffe ist die Organisation und der Kampf der Arbeiter:innenklasse zur Verteidigung ihrer Interessen. ■

Speak Out Now (USA)
OKDE-SPARTAKOS (Griechenland)
IZAR (Spanischer Staat)
RSO (Deutschland, Österreich)
NPA-R (Frankreich)



Frankreich 1936: Massenbewegung, Generalstreik und die Sackgasse der Volksfront

Während man sich in Deutschland bei den 1930er Jahren vor allem an die Errichtung des Terrorregimes der Nazis erinnert, stehen diese Jahre in Frankreich für große Kämpfe einer Arbeiter:innenklasse, die noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hatte.

In Europa hatten die Wirtschaftskrise und die kampflosen Niederlagen der italienischen und deutschen Arbeiter:innenbewegung den Weg für den Faschismus geebnet, der sich als radikale Lösung für eine in der Krise steckende Bourgeoisie präsentiert hatte. Doch in Frankreich war der Generalstreik von Mai bis Juni 1936 mit seinen Tausenden besetzten Betrieben ein wahres Erdbeben und zeigte ebenso wie die Kämpfe im Spanischen Bürger:innenkrieg, dass die Zukunft der Menschheit nicht von vornherein feststand. Diese Episode verdeutlicht die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den beiden grundlegenden Klassen der Gesellschaft: den Arbeiter:innen und den Kapitalist:innen.

Volksfront: Kanalisierung der Kampfkraft

In Frankreich greifen die bürgerlich-linken Politiker:innen diese Ereignisse 1936 gerne auf, um vor allem nicht über den größten Generalstreik des Landes sprechen zu müssen. Lieber lassen sie die Erinnerung an das Wahlbündnis der Volksfront wieder aufleben, das zwischen der SFIO (Sozialdemokratie), der PCF (Kommunist:innen) und der Radikalen Partei (die liberale Partei der poli-

ganisationen. Doch diese Organisationen der Arbeiter:innenbewegung nutzten ihren Einfluss, um die Kampfkraft der Arbeiter:innenklasse zu kanalisieren und zu neutralisieren

Generalstreik und Massenbewegung

Dennoch mangelte es diesen Frauen und Männern, die den Weg des Kampfes einschlugen und sich der Resignation widersetzen, weder an Energie noch an Mut. Bereits im Februar 1934 zogen Millionen von organisierten Arbeiter:innen durch die Straßen, nachdem faschistische Verbände die Regierung gestürzt hatten und Gefahr durch die extreme Rechte drohte. Doch erst im Mai 1936, noch bevor die Regierung der Volksfront gebildet wurde, fiel der Startschuss, und das Schicksal von Millionen von Arbeiter:innen wendete sich.

Zwei Monate lang sind alle Branchen betroffen: von der Metallindustrie bis zu den Flugzeugwerken in Le Havre, von den Beschäftigten im Hotelgewerbe bis zu den Arbeiterinnen in der Modebranche und den Friseur:innen. Die Betriebe werden von fast der gesamten Belegschaft besetzt. Die Arbeiter:innen wechseln sich an den Streikposten ab, um die Ein- und Ausgänge zu kontrollieren. Es

Kolleg:innen werden Genoss:innen, und dieses Gefühl der Brüderlichkeit, das von diesem Kampf ausgeht, durchdringt die gesamte Gesellschaft.

Die Bewegung hätte sich noch weiter ausbreiten können, sogar ohne Führung und ohne zentrales Organ, das all jenen entgegenwirken konnte, die ein möglichst schnelles Ende der Besetzungen wollten. Doch die Bewegung wurde von jenen, die sie de facto anführten, in eine Sackgasse getrieben. Und tatsächlich übernahm die Regierung wieder die Kontrolle über die Bewegung. Es war sogar der PCF-Minister Maurice Thorez, der den berühmten Satz aussprach: „Man muss wissen, wann man einen Streik beendet.“ Doch die Arbeitenden hofften auf weit mehr als die bloßen Krümel, die ihnen die Regierung übrig ließ.

Lehren für heute

Fast ein Jahrhundert später scheinen die 1930er Jahre noch nie so nah gewesen zu sein, und doch stellt uns das wiederkehrende Gespenst des Krieges vor Herausforderungen, die die linken Regierungen der Vergangenheit nie zu lösen vermochten. Vergessen wir also nicht unsere Waffen als Arbeiter:innen, jene der Kieler Matrosen oder der russischen Proletarier:innen und Bauern, die gezeigt haben, wie man imperialistische Kriege beendet. Und vergessen wir nicht die Angst, die im Sommer 1936 die französischen Bosse durchzog. ■

Jorge de Beliu, Lyon

»» Doch die Bewegung wurde von jenen, die sie de facto anführten, in eine Sackgasse getrieben. Und tatsächlich übernahm die Regierung wieder die Kontrolle über die Bewegung. ««

tischen Mitte) ab Juni 1936 geschlossen wurde. Zu dieser Zeit genossen die SFIO und die PCF bei vielen Arbeiter:innen noch Ansehen und galten als Massenor-

bilden sich Streikkomitees, um gemeinsam über den weiteren Verlauf des Streiks zu entscheiden. Aus gestrigen

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

18:00 Uhr | Isotop, Pohlstraße 64, 10785 Berlin

Fr, 11. 9. Offenes Treffen zum Wahlkampf

16:00 Uhr | Rudolph-Wilde-Park am Goldenen Hirsch, U Rathaus Schöneberg

Sa, 19. 9. Wahlkampfabschluss-Kundgebung

11:30 Uhr | Leopoldplatz

Fr, 25. 9. Schulstreik gegen Wehrpflicht

12:00 Uhr | IG-Metall-Haus, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Sa, 26. 9. DGB-Demo gegen Sozialabbau

DÜSSELDORF

Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben

Do, 24. 9. Gemeinsames Bannermalen

11:00 Uhr | S-Bhf Derendorf

Fr, 25. 9. Schulstreik gegen Wehrpflicht

9:45 Uhr | Hauptbahnhof, Treffpunkt UFA-Palast

Sa, 26. 9. Gemeinsame Fahrt zur DGB-Demo gegen Sozialabbau in Essen
(Beginn 11 Uhr, Burgplatz, Essen)

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](https://www.instagram.com/rsodeutschland)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](https://www.instagram.com/rso_organisation)

 [rsoorganisation](https://www.facebook.com/rsoorganisation)



Revolutionär Sozialistische Organisation



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:
info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
Und in Österreich:
rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/